

der Vergabung von Aufträgen wird für Rußland immer zwingender.

Dies wäre ein Gebiet, mit dem der Arbeitslosigkeit der Arbeiter wirksam entgegengetreten werden könnte. Aus Furcht vor der bolschewistischen Gefahr hatten die deutschen Kapitalisten bisher die Verbindung mit Sowjetrußland nicht durchgeföhrt, so daß Rußland nach anderen Ländern große Aufträge vergeben hat. Das Bündnis im Westen führt zu neuen Schwierigkeiten, neuen imperialistischen Kriegen, Zerstörung der Wirtschaft und damit schwerer Lage für die Arbeiterschaft, während die Ostrichtung die Möglichkeit einer Besserung der Position der Arbeiter bedeuten wird. Für die Arbeiterschaft muß dagegen die Frage klar liegen, entgegenzutreten der Westpolitik der deutschen Kapitalisten die Ostpolitik des deutschen Proletariats. Die erste Aufgabe, die die Arbeiterschaft dabei zu erfüllen hat, ist, daß sie in geschlossener Front den Kampf gegen die Bolschewistenbege, insbesondere der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse aufnimmt. Bei den sozialdemokratischen Arbeitern liegt eine große Verantwortung. Duldend sie länger die Antibolschewistenbege ihrer Partei, fördern sie die arbeitserfindlichen Absichten der Sozialisten. Sie müssen durchsehen, daß die Bege gegen Rußland in den Zeitungen ihrer Partei unbedingt fallen gelassen wird. Weiter gilt es für die Arbeiter, die Gewerkschaftsführer zu zwingen, zu der Angelegenheit der Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjetrußland Stellung zu nehmen, den Einfluß der Gewerkschaften für die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen in die Nagelschale zu werfen. Es ist endlich notwendig, den geschlossenen Block der Arbeiter zu bilden, der die im Interesse der Arbeiter gebotene Politik der Organisationen der Arbeiterschaft, mit meinen hier der Gewerkschaften, erzwingt.

Für ein Schuß- und Truhbündnis mit Sowjetrußland

Genoa, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Gestern Abend fand eine hart beladete öffentliche Versammlung statt, die von etwa 1000 Personen besucht war. Es sprachen zwei Rußland-Delegierte, je ein Genosse der KPD und der SPD. Die Versammlung nahm die Beschlüsse mit großer Begeisterung auf. Zum Schluß wurde eine Resolution gefaßt, in der ein Schuß- und Truhbündnis mit Sowjetrußland und die Errichtung von Einheitskomitees gefordert wird.

Rußland braucht Hunderte von Schiffen Warum baut England sie nicht?

Ueber dieses Thema sprach der englische Gewerkschaftsführer Dentel bei dem Abchied der russischen Gewerkschaftsdelegation aus England. „Während Rußland in großartiger Weise seinen englischen Abschmern Kredit gewährt,“ führt er aus, „verhindert die achtschaltige Stupidität unserer Bantiers, daß dieser nützliche gesunde Menschenverstand als Geschäftsprinzip von Seiten des britischen Handels auch gegenüber Rußland angewendet werde.“

Die SPD. fordert Einberufung des Reichstages

Berlin, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Vizepräsident des Reichstages hat mitgeteilt, daß er den Vorkonkurrenz für Sonnabend einberufen hat, der sich lediglich mit dem Antrag der Kommunisten auf Einberufung des Reichstages beschäftigen wird.

Die Leipziger Sozialdemokraten gegen Heidelberg

Der salomonische Beschluß des Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, der in der Sachlenfrage eine Unterstützung der tschechischen Arbeiterchaft darstellte, hat es dennoch nicht zustande gebracht, die Säkung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiter zum Abbammen zu bringen. Nach einer aus Leipzig auszugehen Mitteilung hat am 22. September eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Groß-Leipzigs stattgefunden, in der Herr, Liebmann und Frau Schilling über den Heidelberger Parteitag Bericht erstatteten. Die Mitgliederversammlung hat mit Entrüstung den Beschluß von Heidelberg, der den rechten Renegaten und Verrätern Oberwasser geben soll, abgelehnt und gegen nur 6 Stimmen folgende Entschlieung angenommen:

Die Mitgliederversammlung Groß-Leipzig erhebt den schärfsten Protest gegen die vom Heidelberger Parteitag getroffene Entscheidung im Sachlenkonflikt. Sie billigt die Haltung der Leipziger Delegierten auf dem Parteitag. In der Ueberzeugung, daß die Politik der Dreifachkoalition durch die geschichtliche Entwicklung verurteilt worden ist, fordert die Mitgliederversammlung die Parteigenossen auf, im Sinne der bisherigen Taktik der tschechischen Partei ihre Pflicht vollst auf zu erfüllen.

Die Leipziger Mitgliedschaft hat als erste der sozialdemokratischen Arbeiter gegen das Wandern, die tschechischen Arbeiter ins Schlepptau der schwerindustriellen Deutschen Volkspartei auch in Sachlen zu führen, Stellung genommen. In Sachlen, speziell im Dresdner Bezirk, scheint den sozialdemokratischen linken Führern noch der Mut zu fehlen, die Mitglieder zur Stellungnahme aufzufordern.

Wie wir erfahren haben, gedenkt man hier vorläufig keine Mitgliederversammlungen abzuhalten, sondern nur mit den Funktionären über die Heidelberger Ergebnisse zu sprechen. Das vielgerühmte Bestimmungsrecht der Mitglieder in der Sozialdemokratischen Partei scheint man diesmal nicht wagen zu wollen. Auch die tschechischen Arbeiter müssen hier selbst entscheiden. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen erklären, ob sie sich dem Beschluß von Heidelberg unterwerfen wollen, oder ob sie wie in Leipzig die Unterwerfung unter die Deutsche Volkspartei ablehnen.

Kleine Tatsachen vom Preisabbau

Der Berliner Polizeipräsident hat zur Bekämpfung der hohen Fleischpreise bekanntlich seine Schupo eingesetzt, die bei den Ladenleischern zu kontrollieren hat, ob die Verdiensthonne nicht mehr als 15 Prozent beträgt. Die Ladenleischer haben dagegen protestiert und erklärt, daß ein solcher Satz zu niedrig sei. Darnach begannen vor der Berliner mittleren Preisprüfungsstelle neue Verhandlungen, allwo die Ladenleischer nachweisen werden, daß sie zur Deckung ihrer Unkosten mindestens 19,5 Prozent aufschlagen müssen. Im übrigen sind sie

natürlich unschuldig wie die neugeborenen Kinder und erklären, daß die Viehhändler und die Viehkommissionäre die Preise für das Vieh in die Höhe treiben.

Es wird also noch ein paar Wochen „geprüft“ und verhandelt werden, dann wird vielleicht eine neue Preisliste in Funktion treten, die vielleicht auch gegen die Viehhändler vor geht! Derzeit geht die Kampagne um den wahren Sinn des Preisabbau, die Derabsetzung der Löhne, weiter. Die Gesamt gilde der Handwerker von Münster erklärt, daß sie — selbstver ständlich — die Preisabbaubestrebungen der Luther-Regierung unterstützt. Sie verlangt deshalb, daß die sozialen Kosten — unterstützt. Sie verlangt deshalb, daß die sozialen Kosten — unterstützt. Sie verlangt deshalb, daß die sozialen Kosten — unterstützt.

Die Arbeiter werden sich hüten, das mitzumachen. Allerdings den Unternehmern — kleinen wie großen — könnte das so passen. Die Arbeiter aber haben ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Führer der Gewerkschaften, die in vielen Fällen dieser Art „Preisabbau“ nicht genügend Widerstand entgegen setzen, nicht etwa Tarife auf die Dauer von einem halben oder ganzen Jahr abschließen.

In die Arbeiter das nicht, so sind sie es, die übers Ohr gehauen werden.

Mar Hölj im Hungerstreik!

Stettin, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Mar Hölj, der vor einiger Zeit in aller Stille von dem Zuchthaus Breslau nach Groß-Strehla transportiert worden war, befindet sich seit einigen Tagen im Hungerstreik. Es wurden ihm sämtliche ihm zustehende Vergünstigungen entzogen, so daß er jetzt schlimmer wie ein gemeiner Verbrecher behandelt wird.

Immer neue Zuchthausurteile gegen Arbeiter

Leipzig, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Die früheren Eisenbahnarbeiter Ebert und Mittel sind wegen Vorbereitung zum Hochverrat angefaßt. Sie standen gestern vor dem Staatsgerichtshof, nachdem sie bereits ein Jahr in Untersuchungshaft festgehalten worden waren. Das Gericht verurteilte Ebert zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe, Mittel zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe.

Jung-Spartakus! Rüstet zur Reichskonferenz!

Englische Gewerkschaftsführer sprechen vor den Berliner Arbeitern

Berlin, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) In einer überfüllten Kassenversammlung in den Sophienhallen, einberufen von der Internationalen Arbeiterhilfe, erstatteten gestern der afrikanische und die englischen Gewerkschaftsführer über ihre russische Studienreise Bericht. Sie wurden von den Massen durch den Gesang der „Internationale“ begrüßt. Genosse Manero, 1. Vorsitzender des Kartells von Manufaktur, überbrachte Grüße der russischen und englischen Arbeiter, die nichts schmerzlicher wünschen, als daß die internationale Einheit schnell zustande kommt. Weiter sprach Torres, der Vorsitzende des Kartells von Doucester, sowie Frodo, der Sekretär der I.A.H. in Südafrika. Am Schluß der Versammlung forderte die Versammlungsleitung die 40 eingeladenen deutschen Vertreter der Berliner freien Gewerkschaften auf, sich zu Wort zu melden. Es meldete sich keiner.

Die Angst vor den Kommunisten

London, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Das englische Innenministerium hat in Verbindung mit der politischen Polizei (Abteilung 12) die sofortige Ausweisung von 50 russischen und französischen Kommunisten beschlossen, die der bolschewistischen Propaganda beschuldigt werden. Die politische Polizei fertigt schwarze Listen von Ausländern in allen Städten Englands an, um weitere Ausweisungen durchzuführen. Zur Bekämpfung der revolutionären Propaganda in der Armee wurde eine besondere Zentralkommission eingerichtet. Deserteure, die den verschiedenen Truppenteilen eingereicht werden und sich durch nichts von den Soldaten unterscheiden, sollen als Spiegel dienen.

Die Entlastungsoffenfibe für Barmat zusammengebrochen

In der Sonnabendabendung des Barmatausschusses des Preussischen Landtages wurden die Staatsanwälte Casparz und Kuhnmann vernommen. Gegen die beiden Staatsanwälte hatte der „Vorwärts“ vor Wochen eine heftige Kampagne eröffnet, indem er sie beschuldigte, im Interesse der Schwarzweiskoten die Untersuchung gegen Barmat, Kautler u. Co. geführt zu haben. Wir fühlen uns nicht berufen, diese Staatsanwälte zu verteidigen. Wir unterstellen es sogar als wahr. Aber die monarchistische Justizkorruption ist wahrhaftig keine Rechtfertigung für die schwarz-rot-goldene Justizkorruption zugunsten der Barmat, Bauer und Konjorten. Viele Korruption ist in der Sitzung des Barmatausschusses nachgewiesen worden. Selbst der Demokrat Kusche sah sich veranlaßt, öffentlich vom preussischen Justizministerium abzurufen, wie er sagte, „im Interesse der Sauberkeit der republikanischen Justiz“.

Die Vernehmung des Staatsanwaltes Casparz ergab, daß dieser Jude sei und politisch den Demokraten nahestehe. Es wurde im Verlauf der Verhandlungen ausgeführt, daß auf Grund des sozialdemokratischen Fraktionsführers Heilmann — ausgerechnet Heilmann, der selbst nach Moskau geht — die, jenen Staatsanwaltsbeamten, die besonders stark in der Kautler-Barmat-Anglegenheit vorgingen, von ihrer weiteren Tätigkeit suspendiert sind. Auf Befragen des Genossen Bartels bestätigte der Zeuge Casparz ausdrücklich, daß nicht nur er, sondern eine Reihe anderer Staatsanwaltsbeamten es unter Beweis stellen können, daß auf Betreiben Heilmanns im Justizministerium den Herren Casparz und Kuhnmann die Strafverfolgung entzogen wurde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erstattete Altesor Kuhnmann ausführlich Bericht über die Durchführung der Untersuchung gegen Barmat. Die Untersuchung hätte die Anwendung aller polizei- und kriminaltechnischer Mittel erfordert, auch die

Verwertung privater Dienste von Biglianten. Ueber das Verhältnis zum deutschnationalen Nachrichtenbureau Dr. Kluge erklärte Kuhnmann, daß er sich dieser Beziehungen nicht schäme, denn dieser habe ihm wertvolles Material geliefert. Im übrigen habe Kluge ja auch Weis' Material über die Komintern geliefert.

Kuhnmann versucht, aus der Justizdramage zu retten, was zu retten ist. Ganz erkannt stellt sich Kuhnmann, daß die staatsanwaltschaftlichen Behörden sich auf Bigliantendienste stützen. Genosse Bartels erwiderte, daß Kuhnmann sich nicht so nahe stellen solle, denn gerade seine Partei hätte beim Staat des preussischen Justizministeriums die für die Bigliantendienste erforderlichen Mittel bewilligt. Genosse Stolt erreicht durch weitere Fragen die Bestätigung, daß im Falle Kluge ebenfalls eine plötzliche Abberufung des mit der Untersuchung betrauten Staatsanwalts erfolgt ist.

Vernehmung von Dr. Weis

Berlin. In der Vernehmung am 21. d. M. erklärte Weis, daß Führer aller Parteien, einschließlich der Kommunisten, zu ihm gekommen wären und mit ihm gesprochen hätten. Material angeboten hätten. Er nannte den Namen Ruth Fischer. In die Enge getrieben, mahnte Weis jedoch auf Befragen des Genossen Bartels zugeben, daß Ruth Fischer lediglich als Beauftragter des Ausgewiesenen in Gegenwart ihres Rechtsanwalts, Dr. Rosenfeld, vor ihm erschienen sei. Der Name Ruth Fischer — erklärte Weis — mühe in der Liste derjenigen, die Rat und Hilfe bei ihm suchten, gestrichen werden. Er nannte daraufhin die Namen der Genossen Koenen und Pieck. Auch die Frage, ob er damit ausdrücken wolle, daß ihm ein Genosse ähnliche Dienste wie der Abgeordnete Kautler angeboten hätte, mußte Weis verneinen. Ein Zuruf von ihm verdient noch besondere festgehalten zu werden. Als er das feste Durchgreifen gegen die russische Handelsdelegation im Mai 1924 herausstrich, wurde ihm von kommunistischer Seite zugerufen: „Sie meinen wohl Durnfall?“ Darauf erwiderte Weis malktlos lächelnd: „Ja, leider“.

Auf die Frage, ob er Beziehungen zu Heilmann oder Kautler unterhalte, gab Weis zu, daß er mit Kautler, den er aus seiner Referenzzeit her kenne, befreundet sei. Heilmann will er nur hin und wieder im Landtag gesehen haben. Dem deutschnationalen Nachrichtenleiter Knoll alias Dr. Kluge will Weis keine Beziehungen unterhalten haben, auch habe ihm dieser kein Kominternmaterial geliefert.

Das ungewöhnliche Vorgehen, das der Leiter der Kriminalpolizei über den Kopf der Staatsanwaltschaft hinweg auf Betreiben des sozialdemokratischen Abgeordneten Kautler mit Festhaltungsmahnmegen gegen die mit der Untersuchung des Falles Kautler-Barmat beauftragten Staatsanwälte vorgegangen ist, erklärte Weis damit, daß Gefahr im Verzuge gewesen sei, wichtiges belastendes Material hätte verschwinden können; auch sei vom Justizministerium, besonders vom Ministerialdirektor Friedrich, die Aktion gegen die Staatsanwälte gebilligt worden. Daß Kautler bei der Besprechung im Justizministerium zugegen gewesen sei, wäre nicht weiter bedeutend, denn das habe zu keinem Eintritt geführte dienstliche Gespräch je unterbrochen worden.

Refordleistung politischen Terrors

Der „Dresdner Anzeiger“ bringt in seiner heutigen Morgenausgabe folgende Meldung:

Rom, 23. Sept. Die Polizei legt die Kommunistenverhaftungen fort, die bereits die Höhe von 16 000 Festgenommenen erreicht haben. Es sollen bis ins Einzelne gehende Pläne gefunden worden sein, nach denen durch Bombenfallen der Faschisten in nächster Zeit der Bürgerkrieg in Italien ausbrechen sollte.

Damit hat der politische Terror, der nicht von der Faschistenregierung in Italien, sondern auch in allen anderen kapitalistischen Ländern in brutaler Verfolgung und blutiger Niederschlagung jeder revolutionären Bewegung betrieben wird, eine Refordleistung erzielt. Mit dieser Feststellung dieses bürgerlichen Blattes werden alle Sentationsmeldungen der antibolschewistischen Heppresse über den Massenterror in Sowjetrußland in den Schatten gestellt.

Der Bankrott des Völkerbundes

Genf, 23. September. (Telunion.) Das offizielle türkische Organ „Halimiet-Risale“ schreibt über die Verzagung der Entschlieung in der Moskufrage durch den Rat: „Durch diesen Schritt hat der Völkerbund keine Englandfreundlichkeit bewiesen und damit als objektiver Vermittler, der er sein konnte moralisch Selbstmord begangen. Die ganze Menschheit und sogar die Mehrheit der englischen Presse erkennen das Recht der Türkei auf das Moskugebiet an. Der Völkerbundsrat hat mit seiner Entschlieung keine Ungünstigkeit bewiesen. Die Türkei befiht nach wie vor völlig freie Hand.“

Meuterei französischer Soldaten

Saarbrücken, 24. September. (Telunion.) Aus unbekanntem Gründen hat vor einiger Zeit eine Anzahl französischer Soldaten der hiesigen Garnison gemeutert. Einige Soldaten versuchten auf deutsches Gebiet zu entfliehen, wurden aber im Elbich gefaßt und vor das Reichs Kriegsgericht gestellt. Sie wurden zu Strafen von zwei Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Heftige Angriffe der Riffabhien

Paris, 24. September. (Telunion.) Von der französischen Front in Marotta wird gemeldet, daß die Riffseite vergangener Nacht mit großer Heftigkeit nördlich von Taya angegriffen. Die Kämpfe dauerten bis Mittag. Der Feind wurde dann unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Ein Ueberfall des Segnet auf Sidano wurde ebenfalls nach kurzem Kampfe zurückgeschlagen.

Gueida von den Druzen genommen

London, 24. September. (Telunion.) „Central News“ meldet aus Konstantinopel, daß Gueida gefesselt von den Druzen im Sturm genommen wurde. Die 400 Mann starke Besatzung wurde gefangen genommen. Die Druzen erbeuteten zahlreiche Munitionskonten und Kriegsmaterial, darunter zwei Panzerwagen.

Verstärkung der Lage in China

Schanghai, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Die innerpolitische Situation in China verschärft sich mit jedem Tage. Die bisher vorliegenden Meldungen können darin übersehen, daß sowohl Jong-Han-Giang als auch Tschang-Ho-Tsün Truppen zusammenziehen. Beide Ziel soll sein, Peking nach der Zusammenkunft der geplanten Konferenz zu besetzen. Als dritte Partei erscheint Wu-Wei-Ju wieder, ohne daß jetzt schon zu erkennen wäre, auf welcher Seite er sich schlagen wird.

Genosse erfülle deine Pflicht! Wirb neue Abonnenten!